

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (26)



29. März 2015

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten heute aus der Kreistagssitzung vom 25. März 2015.

Außerdem hat sich die Fraktion DIE LINKE an mehreren Veranstaltungen beteiligt und dazu einige Gedanken aufgeschrieben.



Wir wünschen allen frohe Osterfeiertage!

Vielleicht sehen wir uns ja beim Ostermarsch:

**Kriege und Kriegspropaganda stoppen –
Konflikte friedlich lösen!**

11:00 Uhr Bornheim, Gießener Str./Marbachweg
(US-Generalkonsulat),

13.00 Uhr Antikriegskundgebung Römerberg

Das sind die Themen:

1. Schulsozialarbeit: Antrag der Koalition zur Finanzierung
2. NPD-Antrag: Trennung der Schulklassen nach der Muttersprache
3. Antrag DIE LINKE.: Datenschutz im Jobcenter
4. Antrag DIE LINKE.: Keine Mietminderungsverfahren bei Bagatellbeträgen
5. Antrag DIE LINKE.: Einfache Sprache – was ist daraus geworden?
6. Resolutionsantrag DIE LINKE.: Freihandelsabkommen TTIP ablehnen
7. Kooperations- und Beleihungsvertrag zwischen Wetteraukreis und WVG zur Schülerbeförderung
8. Informationsfreiheitsgesetz
9. blockupy
10. Diskussionsforum zur Armutswirtschaft der linken Hartz4-Hilfe Wetterau
11. Erster Wetterauer Flüchtlingsgipfel

Finanzierung der Schulsozialarbeit

Ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und FDP beschäftigt sich mit der Finanzierung der Schulsozialarbeit im Wetteraukreis: Der Kreis will ein Drittel bezahlen aber nur, wenn die jeweilige Stadt/Gemeinden ebenfalls ein Drittel bereit stellt. Das Land soll mit USF-Mitteln (unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung) und 2,5% aus den Mitteln der 105-prozentigen Lehrerversorgung beteiligt sein. Schulen können auch Drittmittel einwerben – also Sponsoren suchen. Dieser Antrag soll den Eindruck erwecken, man bemühe sich um die Absicherung der Schulsozialarbeit. Doch dieser Vorschlag entbehrt jeder soliden Grundlage.

Das sind die Haken:

1. Der Wetteraukreis zahlt sein Drittel nicht sicher. Es ist daran gekoppelt, dass die jeweilige Kommune auch ein Drittel zahlt. Dabei handelt es sich um freiwillige Leistungen der Kommune. Wenn eine Gemeinde stark verschuldet ist, wird es schwierig mit der Drittelfinanzierung. Besonders, wenn in der Kommune mehrere Schulen angesiedelt sind, denen ein Drittel finanziert werden müsste.
2. Dass aus den so genannten USF-Mitteln Geld genommen werden soll, grenzt schon an einen Skandal! Die Finanzmittel für die unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung (USF) werden dringend gebraucht. Gerade dann, wenn Inklusion ernst genommen werden soll. Mit USF können Schülerinnen und Schüler zusätzliche Betreuung erhalten, die Verhaltensprobleme haben oder besonderer Zuwendung bedürfen. USF hilft nicht nur den betroffenen Kindern, sondern ermöglicht auch den Lehrer/innen und den Klassenverbänden ein ruhigeres Arbeiten, die durch soziale und verhaltensbedingte Probleme oft stark belastet sind. Jetzt schlägt also die Wetterauer Koalition ernsthaft vor, dieses Geld zu kürzen und damit ein anderes Loch zu stopfen.
3. Eine 105-prozentige Lehrerversorgung wurde eingeführt, um Vertretungen zu gewährleisten und Unterrichtsausfall zu vermeiden. Davon dürfen laut Kultusministerium 2,5% für Schulsozialarbeit abgezackt werden. Was natürlich den eigentlichen Zweck der „Überversorgung“ konterkariert.
4. Schulen sollen Sponsoren suchen, um Schulsozialarbeit zu bezahlen - Von besonderer sozialer Kompetenz zeugt dieser Vorschlag nicht!
Es ist doch so: Schulen mit einem gut bürgerlichen Klientel (besonders Gymnasien) erhalten eher Werbemittel als Schulen, die in finanzschwachem Umfeld liegen oder eher Schülerinnen und Schüler aus finanzschwachen Familien haben.
5. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter arbeiten häufig in Patchwork-Arbeitsverhältnissen. Diese geplante unsolide Finanzierung befördert prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse. Eine solch wichtige Arbeit kann nicht „nebenher“ finanziert werden. Und nicht auf dem Rücken der Sozialarbeiter/innen.

NPD-Antrag: Trennung der Schulklassen nach der Muttersprache

Meist spricht zu einem NPD-Antrag nur eine Fraktion. Mehr Aufmerksamkeit will niemand diesen Hetzanträgen geben. Dieses Mal haben wir die Ablehnung begründet.

Die Faschisten wollten, dass Schüler nach ethnischer Abstammung getrennt beschult werden. „Während rein deutsche Klassen im Unterrichtsstoff längst weiter sind, fallen Klassen mit kaum deutsch sprechenden Kindern immer weiter zurück“, war da zu lesen und: „Auch für die Kinder der Fremden bringt der Unterricht in der Muttersprache Vorteile und verbessert die Rückeingliederung in dessen Angestammten Heimatland...“

Was soll man dazu sagen? „Wenn man das so liest, könnte man besonderen Förderunterricht für faschistisch verseuchte Deutsche fast schon gut finden, damit auch sie ihre Muttersprache lernen können. Denn leider sind sie in Ihrer Sprachentwicklung nicht „weiter“ sondern haben Nachholbedarf. Los geht's:

„verbessern die Rückeingliederung in dessen...Heimatland“ ist falsch – es muss 'deren' heißen. Es sind nämlich 'die Kinder', also Plural. Bei einem Kind – also im Singular – wäre im Genetiv 'dessen' richtig gewesen. Im Plural heißt der Genetiv 'deren'.

„Angestammten Heimatland“ ist falsch. Erstens wird 'angestammt' klein geschrieben – es ist ein Adjektiv. Adjektive schreibt man im Deutschen klein. Dann endet es nicht auf 'n' sondern auf 's' – der Satz ist ja immer noch Genetiv. Also richtig ist: 'angestammtes' Heimatland.“

Antrag DIE LINKE.: Datenschutz im Jobcenter

Der Antrag wurde abgelehnt. Das Jobcenter arbeite nach den Regeln des Datenschutzes, hieß es. Das war leider zu erwarten. Meistens fühlen sich die Kreistagsmitglieder – alle Mittelschicht - von Jobcenter-Themen genervt.

Das haben wir beantragt:

„Der Kreistag möge beschließen, dass sich der Kreisausschuss des Wetteraukreises (der Wetteraukreis ist Teilhaber am Jobcenter Wetterau) dafür einsetzt, dass der Datenschutz für Hartz4-Leistungsberechtigte in vollem Umfang gewährleistet wird.

Es werden zukünftig keine Daten mehr an Firmen weitergegeben, ohne dass die betroffenen Hartz4-Leistungsempfänger/innen davon in Kenntnis gesetzt werden und damit einverstanden sind. Einladungen zu Bewerbungsgesprächen erfolgen zukünftig über das Jobcenter.“

Unsere Rede:

„Werte Frau Kreistagsvorsitzende, meine Damen und Herren,

Wenn das Jobcenter Wetterau ohne Wissen der Betroffenen deren Bewerbungen an Firmen weiterleitet, könnte man noch entschuldigend sagen: das dient der Arbeitsvermittlung. Aber auch das ist bereits ein Bruch des Datenschutzes. Eigentlich müsste in jedem Fall eine Einverständniserklärung des Betroffenen vorliegen. Auch seltsam, wenn dann eine Firma auch noch Sanktionsmaßnahmen in die Einladung zur Vorstellung schreibt.

DIE LINKE ist überhaupt gegen diese Sanktionen - aber wenn schon Sanktionen, dann allein durch das Jobcenter selbst.

*Es wurden uns aber noch weitergehende Verstöße gegen den Datenschutz bekannt:
Da meldete das Jobcenter dem Amtsgericht ohne Wissen des Betroffenen, dass er sich in einer Erbaueinandersetzung befände. Dadurch wurden dann anstehende Erbre Regelungen verzögert. Dazu kommt noch, dass es gar keine solchen Erbaueinandersetzungen zwischen den Erben gab. Doch einer der Erben ist leistungsberechtigt bei Hartz4 und er wurde vom Jobcenter aufgefordert, seinen Anteil zu verkaufen, wenn nötig per Klage gegen die anderen Erben.
Oder ein anderer Fall: Ein Leistungsberechtigter hat regulär einen Nebenerwerb angemeldet. Das Jobcenter schickte seine Werbe-Flugzettel ungefragt an die IHK. Was soll sowas? Für eine Denunziation gab es keinen Anlass.
Auch das Finanzamt wurde in einem Fall vom Jobcenter informiert und noch dazu falsch: Ein Leistungsberechtigter lebt auf einem Bauernhof. Der landwirtschaftliche Betrieb ist anerkannt. Doch das Jobcenter meldete: die landwirtschaftliche Fläche sei nicht nur Landfläche.
Meine Damen und Herren,
auch für Leistungsberechtigte bei Hartz4 gilt der Datenschutz!
Selbst Einsparpläne und Kostensenkungen setzen ihn nicht außer Kraft. Und dazu noch: Was diese Melderitits und dieses Mißtrauensklima kostet, sollte der Kreis als Teilhaber des Jobcenters ruhig auch mal unter die Lupe nehmen!“*

Antrag DIE LINKE.: Mietminderungsverfahren

Wir wollten die Mietminderungsverfahren an die Öffentlichkeit bringen. Zunehmend kommen Hartz4-Leistungsberechtigte in die Sprechstunde der linken Hartz4-Hilfe und haben einen Brief dabei, in dem sie aufgefordert werden, sich eine billigere Wohnung zu suchen.

Im Sozialausschuss sprach der Leiter des Jobcenters von einer Vereinbarung zur Kostensenkung mit dem Wetteraukreis, die Mitte vergangenen Jahres geschlossen wurde. Wir starteten eine Anfrage. Sozialdezernent Betschel antwortete, es gebe keine solche Vereinbarung.

Doch die Mietminderungsverfahren gibt es. Die sind nicht wegzudiskutieren.

Unser Antrag:

„Der Kreistag möge beschließen, dass sich der Kreisausschuss des Wetteraukreises (der Wetteraukreis ist Teilhaber am Jobcenter Wetterau) dafür einsetzt, dass keine Mietminderungsverfahren mehr eingeleitet werden, wenn die Mietobergrenze des Wetteraukreises um geringfügige Beträge (bis zu 50 Euro) überschritten wird.

Begründung:

Das Jobcenter schrieb im zweiten Halbjahr 2014 vermehrt Mieter an, sich eine neue Wohnung zu suchen, weil die aktuelle Wohnung zu teuer sei. Diese Mietminderungsverfahren betrafen auch Menschen, deren Miete nur geringfügig über der Mietobergrenze liegt.

Für Empfänger/innen von Transferleistungen ist es äußerst schwierig eine neue Wohnung zu finden, die im Rahmen der Mietobergrenzen des Wetteraukreises bleibt. Dies gilt besonders für den Westkreis. Bei geringfügiger Überschreitung der Mietobergrenze sollte daher keine Aufforderung zum Umzug ergehen. Die Menschen werden unnötig unter Druck gesetzt, weil der Wohnungsmarkt zu wenige Wohnungen im unteren Preissegment anbietet. Dazu fallen Kosten für Umzug und Kaution an, die unseres Erachtens durch eine geringfügige Überschreitung der Mietobergrenze bis zu 50 Euro nicht gerechtfertigt sind.“

Unsere Rede ist unter diesem link zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/494-keine-mietminderungsverfahren-bei-bagatellbetr%C3%A4gen-bis-50-euro.html>

Antrag DIE LINKE.: Einfache Sprache – was ist daraus geworden?

DIE LINKE. beantragt Berichterstattung: wurde Leichte Sprache in der Kreisverwaltung eingeführt?

„Im Juni 2012 beschloss der Kreistag einen Antrag der Linken, den Schriftverkehr der Kreisverwaltung auf Leichte Sprache umzustellen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung entsprechend zu schulen und einen Leitfaden für Leichte Sprache zur Verfügung zu stellen.

Wir beantragen zeitnah einen Bericht an den Kreistag, inwieweit dieser Beschluss umgesetzt wurde, ob die nötigen Schulungen erfolgten und ein Leitfaden zum Gebrauch der Leichten Sprache den Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung zur Verfügung steht.“

Dieser Bericht soll nun demnächst im Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss erfolgen.

Resolutionsantrag DIE LINKE.: Freihandelsabkommen TTIP ablehnen!

Der Antrag wurde wieder nicht im Kreistag behandelt. Er verblieb im Ausschuss.

Wer sich nochmal informieren möchte, was genau beantragt wurde und was wir dazu gesagt haben, findet das unter:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/440-freihandelsabkommen-schaden-auch-der-wetterau.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/498-ttip-stoppen.html>

SPD und CDU haben inzwischen Änderungsanträge vorgelegt, in denen die Freihandelsabkommen explizit begrüßt werden. Nur die Intransparenz der Verhandlungen wird beklagt und man will, dass negative Auswirkungen auf Verbraucher-, Umwelt- Arbeitsschutz und auf Arbeitnehmerrechte vermieden werden.

Die CDU will die negativen Spitzen kappen. Die SPD will, dass demokratische Rechte und der Schutz des Gemeinwohls beachtet werden, der Kapitalverkehr nicht weiter liberalisiert und die Daseinsfürsorge gewahrt wird.

Schöne Wünsche! Gerade in diesen Tagen wurden bei Wikileaks Inhalte eines solchen Abkommens veröffentlicht (TTP – das Abkommen ist ausverhandelt), die alle diese frommen Wünsche ad absurdum führen: Vor Schiedsgerichten können Firmen, die sich in ihren Profiten beschnitten fühlen auf Schadensersatz in unbegrenzter Höhe klagen. Eingriffe in die demokratische Selbstbestimmung der Länder sind möglich. Alle staatlichen Investitionen sind anfechtbar. Nationale Gesetzesänderungen, - z.B.

Umweltstandards, soziale Standards - die die „Gewinnerwartungen“ der „Investoren“ schmälern, können gekippt werden.

Hier hilft keine „Verbesserung“ oder „Modernisierung“ dieser Freihandelsverträge. Sie müssen gestoppt werden!

Bisher stehen die Grünen hinter unserem Antrag. Wir hoffen, dass sie dabei bleiben.

Zum Beispiel hier gibt es weitere Infos:

<http://netzfrauen.org/2015/03/29/wikileaks-tpp-berechtigt-konzerne-laender-zu-verklagen/>

Kooperations- und Beleihungsvertrag zwischen Wetteraukreis und WVG

Es wurde inzwischen ein neuer Vertrag zum Schülertransport abgeschlossen.

Wetteraukreis und die Wetterauer Verkehrsgesellschaft legten zur Kreistagssitzung einen Kooperations- und Beleihungsvertrag vor.

Die Koalition sieht damit alle Forderungen erfüllt und legt das Thema zu den Akten. Einige Punkte wurden tatsächlich geregelt: z.B. wer die Fachaufsicht hat und wie sie wahrgenommen wird.

Doch wir sehen nicht alle wichtigen Forderungen erfüllt.

Die demokratische Kontrolle der Entscheidungen beim Schülerverkehr ist auch mit dem neuen Vertrag nicht gewährleistet. Der Kreistag gibt dem Vertrag seinen Segen und hat danach keinen Einfluss mehr darüber, wie zum Beispiel die Schulwegsicherheit ausgelegt wird. Das bleibt so unzureichend wie bisher.

Es soll eine Clearingstelle geben, die Konfliktfälle behandelt.

Doch bisher wurde noch nicht definiert, was einen sicheren Schulweg ausmacht. Das Kultusministerium hatte auf eine Anfrage der Linken geantwortet, dass Kriterien für die Sicherheit regional ausgearbeitet werden müssen. Die Kriterien richten sich nach den Verhältnissen vor Ort.

Doch genau das ist nicht geschehen. Es gibt immer noch keine Kriterien dafür, was im Wetteraukreis als sicherer Schulweg angesehen wird. Was soll also die Clearingstelle klären, wenn es einen Widerspruch gibt?

Gewichtige Argumente haben ja auch bei Bewertung der Schulwege 2014 keine Rolle gespielt. Ein Beispiel: nachweislich ist der Weg von Petterweil zur Erich Kästner Schule Rodheim länger als drei Kilometer. Dennoch ist der Kreis nicht von seiner Bewertung abgerückt und übernimmt die Beförderungskosten nicht.

Informationsfreiheitsatzung

Der Pirat und seine Fraktion „Freie Wähler“ haben eine Informationsfreiheitsatzung beantragt, die angenommen wurde. Wir begrüßen das ausdrücklich. So werden

grundsätzlich Informationszugänge geregelt – auch wenn die Satzung in einigen Punkten schwammig bleibt und Eingrenzungen erlaubt.

Bisher haben wir diese Satzung noch nicht elektronisch. Wir versuchen, einen link in der nächsten „Post aus dem Kreistag“ zu veröffentlichen.

blockupy

DIE LINKE. Fraktion hat sich an den Protesten gegen die Troika beteiligt. Gemeinsam mit fast 25 000 Menschen demonstrierten wir friedlich in Frankfurt.

Leider wurde in den Medien fast ausschließlich über die Krawalle im Ostend berichtet. Das hat dem Anliegen der Demonstration sehr geschadet.

Eine Stellungnahme der hessischen Linken ist hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/>



Friedlich, doch mit Zukunftsvorstellungen: DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an der Demonstration gegen die kapitalfreundliche Politik der Troika in Frankfurt.

Die Rede Ulrich Wilkens im Landtag:

[http://www.hr-online.de/website/specials/home/index.jsp?](http://www.hr-online.de/website/specials/home/index.jsp?image=1&rubrik=91209&key=standard_document_54890099#titel1)

[image=1&rubrik=91209&key=standard document 54890099#titel1](http://www.hr-online.de/website/specials/home/index.jsp?image=1&rubrik=91209&key=standard_document_54890099#titel1)

Diskussionsforum zur Armutswirtschaft der linken Hartz4-Hilfe Wetterau:

Mildtätigkeit – Armutszeugnis für ein armes Land

Am 24. März 2015 fand in Friedberg das Forum mit Professor Dr. Stefan Selke und sozial engagierten Gästen aus der Wetterau statt. Mehr als 50 Gäste waren gekommen. Darunter auch ein Vertreter des Tafelbeirats Friedberg, der Sozial-

dezernent des Wetteraukreises, der Vorsitzende des Sozialausschusses, Mitglieder der GEW, des DGB, des evangelischen Dekanats, des Internationalen Zentrums, der AntifaBi und Menschen aus sozialen Projekten. Im Gegensatz zu vielen anderen Diskussionen waren Hartz4-Leistungsempfänger/innen und Tafelnutzer/innen anwesend und konnten aus Erfahrung sprechen.



Die Diskussion wurde lebhaft geführt und oft auch kontrovers.

Der Gastredner Professor Dr. Stefan Selke zeigte auf, dass mildtätige Gaben kein Ersatz für Sozialleistungen sein können. Er kritisierte den Ausstieg des Staates aus seiner

sozialen Verantwortung als Rückfall in die Vormoderne des 16. Jahrhunderts. Langfristige Aufgaben können nicht ehrenamtlich erbracht werden. Zumal die ehrenamtlich betriebenen Einrichtungen oft ökonomisch straff organisiert sind und wie Betriebe einer Wachstumslogik folgen. Das beseitigt die Armut nicht.



Bereits in der Einleitung wies Anja ElFechtali von der linken Hartz4-Hilfe darauf hin, dass sich Betriebe mit mildtätigen Spenden das Image aufbessern, Werbung mit ihrer Mildtätigkeit treiben und nicht zuletzt damit auch Steuern sparen. Dies bestätigte Selke. Er zeigte auf, dass Unternehmen auf der einen Seite spenden und auf der anderen Seite durch Niedriglöhne und eine aggressive Firmenpolitik die soziale Not erst erzeugen.

In der Debatte kamen viele Aspekte des Themas zur Sprache, die wir hier nicht alle ausführen können. Doch im Folgenden einige Gedanken:

Die Agenda 2010 und Hartz IV haben in Deutschland einen Niedriglohnsektor geschaffen. Hartz IV hat die Aufgabe der Abschreckung: die Beschäftigten sollen Angst haben vor Arbeitslosigkeit und keine "überhöhten" Lohnforderungen stellen. Hartz IV wirkt als Lohndrucker und dient der Disziplinierung. Entgegen damaliger Verlautbarungen aus der Politik, stieg mit Hartz IV die Armut immer weiter an. Heute sind zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung arm oder von Armut bedroht.

Armut ist gewollt. Und wer von Armut redet, muss auch von Reichtum sprechen. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiert, dass derzeit in Deutschland 7,4 Billionen Euro Privatvermögen existieren, während die Armut wächst. Eine Umverteilung des Reichtums darf nicht weiter als Tabu gelten.

Erster Wetterauer Flüchtlingsgipfel

DIE LINKE. Fraktion beteiligte sich am 27. März 2015 an dieser ersten Konferenz. Die Debatte hatte ein gutes Niveau zu bieten. Leider stellte die NPD ihren politischen Tiefflug unter Beweis und enthüllte t-shirts mit ausländerfeindlichen Parolen. Die Polizei half Landrat Arnold das Hausrecht durchzusetzen.

Zuletzt wurde eine „Wetterauer Erklärung“ verabschiedet. Wir haben einen Punkt in die Debatte gebracht, der sehr viel Zündstoff enthält und geeignet ist, einen Boden für rechte Hetze zu bereiten: die Wohnungsfrage.

In die Erklärung wurde aufgenommen, dass in den sozialen Wohnungsbau dringend investiert werden muss.

Den Text findet man unter:

<http://www.vorsprung-online.de/index.php/hessen/aktuelles-aus-hessen/wetterau/55704-wetterauer-erklaerung-zur-ersten-fluechtlingskonferenz.html>

Auf der homepage des Wetteraukreises war er bis heute noch nicht eingestellt.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi